

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 22

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sollen keine Unterschiede aufgrund der Rasse gemacht werden.

Weil der Verfechter von Black Consciousness seine Hautfarbe als politische Waffe im Kampf gegen alle Nachteile benützt, die ihm aus seiner Rasse erwachsen, macht diese Taktik schon ihrer tatsächlichen Heftigkeit wegen den Anschein, ihrerseits den Weissen ausschliessen zu wollen. Und doch ist ihr Ziel ein Südafrika, in dem die Rasse keine Rolle spielt.

Natürlich ist es eine offene Frage, inwieweit der Schwarze, nachdem er eine Generation dazu erzogen hat, die Bedeutung der Hautfarbe zu betonen, später fähig sein wird, das Rassenbewusstsein hintanzustellen, aber das ist ein Risiko, das nach Auffassung der Black-Consciousness-Leute die Weissen dafür in Kauf nehmen müssen, dass sie selbst die Rasse zum entscheidenden Kriterium gemacht haben.

Freilich sind die Kämpfer für Black Consciousness, auch wenn sie sich nicht an sich als Feinde der Weissen verstehen, augenblicklich einfach nicht in der Lage, auf weisse Empfindlichkeiten einzugehen, zumal sie im Kampf für ihre Ziele mit den eigenen Empfindlichkeiten genug zu tun haben.

Was immer ihre Kritiker über die Bewegung sa-

gen mögen: das «schwarze» Bewusstsein hat einen neuen Typ des schwarzen Südafrikaners geschaffen: er ist stolz, er stellt sich den Problemen seiner Welt, und er hat keine Hemmungen, seine Rechte auf seine Weise zu beanspruchen.

Gewiss: solche Schwarze hat es früher schon gegeben — vereinzelt. Heute aber sind es Tausende, und ihre Zahl ist im Wachsen begriffen. Aus ihren Reihen werden viele der nationalen Führer von morgen hervorgehen, und alle Südafrikaner, die ihrem Lande tief verbunden sind, wären gut beraten, wenn sie sich bemühten, das Denken und Verhalten dieser Leute zu verstehen. Die Idee, die das ganze antreibt, ist in ihrer Potenz voll Sprengkraft, und wir können nur hoffen, dass die von ihr ausgehenden Energien konstruktiv und kontrolliert sein werden. Das hängt zu einem grossen Teil davon ab, wie die Weissen letztlich auf Black Consciousness antworten. Ist ihre Antwort getragen von Verständnis, Versöhnlichkeit und Bereitschaft zu echter Zusammenarbeit, so geht Südafrika einer hellen Zukunft entgegen.

Sollte jedoch eine grössere Zahl von Weissen so irreführt sein zu glauben, Starrköpfigkeit sei die einzig mögliche Antwort, so steht Südafrika eine düstere Zukunft bevor. ■

Ustaschi für Sowjets

Die rechtsextremen kroatischen Separatisten setzen auf die Sowjetunion, die ihnen die nationale Befreiung von der «gross-serbischen» Herrschaft gewährleisten soll.

Bruno Basic, kroatischer Exilpolitiker und Journalist (er lebte bis 1972 in Jugoslawien), hat erklärt, dass nur die UdSSR den Kroaten helfen könne, sich von Jugoslawien zu trennen und von der «serbischen Herrschaft» zu befreien.

Diese Erklärung veröffentlichte er in der kroatischen Exilzeitung «Danica», die von kroatischen Franziskanern in Chicago herausgegeben wird. Die «Danica» unterstützt die These von Basic in einem Kommentar, den sie am 17. September 1977 veröffentlichte: «Das Konzept der positiven kroatischen politischen Öffnung zu den Befreiungsimpulsen, die aus der internationalen Rolle der UdSSR hervorgehen, ist zu begrüssen.» Der sowjetische Einfluss werde zur Befreiung Kroatiens führen, auch wenn die UdSSR bisher gegenüber Jugoslawien viel Rücksicht und Geduld gezeigt habe.

«Danica» schlägt vor, die UdSSR solle Jugoslawien zerschlagen und einen unabhängigen kroatischen Staat gründen. Dieser würde dann den Sowjets als Gegenleistung an der dalmatinisch-kroatischen Adriaküste Marinebasen zur Verfügung stellen. Damit hätten die Sowjets freien Zugang zum Mittelmeer. Die Schaffung eines unabhängigen kroatischen Staates und die Uebergabe von Marinebasen an die Sowjets wird im «Danica»-Kommentar nach der altbekannten Formel als Beitrag zur Festigung des Friedens und des Sozialismus in der Welt bezeichnet.

Solche Ueberlegungen innerhalb der kroatischen Emigration sind nicht neu. Der inzwischen verstorbene Dr. Branko Jelic, seinerzeit einer der engsten Mitarbeiter von Ante Pavelitch (Staatschef des «selbständigen» Kroatiens 1941—1945), hat bereits 1971 eine ähnliche Auffassung vertreten. In seiner Zeitung «Hrvatska Drzava» (West-Berlin) befürwortete er offen eine enge Zusammenarbeit mit den Sowjets. Und am 17. April 1971 hatte er in einer Rede in München erklärt: «Wir haben alles versucht, die kroatische Frage auf internationaler Ebene zu verankern, und es bewusst vermieden, sie auf irgendwelcher jugoslawischer Ebene zu lösen. Ich muss hier bemerken, dass wir in diesem Bestreben vor mehr als 18 Monaten von den offiziellen Vertretern einer ausländischen Macht (d. h. der UdSSR; Anm.) ins Vertrauen gezogen wurden. Wir haben in diesen Gesprächen den Vorteil einer solchen Lösung erfasst und beschlossen, einen neuen politischen Kurs einzuschlagen. Das ist uns, vor allem aus ideologischen Gründen, nicht leicht gefallen. Aber wir standen vor dem Dilemma, uns entweder ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zu einer revolutionären kroatischen Politik zu bekennen oder uns für eine ‚prinzipielle Politik‘ der Demokratie zu entscheiden, was gleichbedeutend gewesen wäre mit fortwährendem Gehen an Ort.» Ausdrücklich hat Jelic damals betont, dass er und seine nationalistische kroatische Bewegung

Unsere Meinung

Das südafrikanische Regime befindet sich auf einem problematischen Weg, der in die Selbstzerstörung führen könnte.

Befürchtungen verstärkten sich, als Mitte September der gemässigte schwarze Studentenfürher Steve Biko im Gefängnis «gestorben» ist. War er ermordet worden? Es gab viele Indizien, die in diese Richtung deuteten. Und es gibt den inkompetenten Polizeiminister James Kruger, in dessen Verwaltung solches offenbar vorkommen kann. Ohne dass der zuständige Minister den Hut nehmen muss.

Unwillkürlich denkt man an Stammheim. Dort hat die blosse Legende von einem theoretisch möglichen Mord an den Kriminellen Baader,

Raspe und Ensslin den Rücktritt des Justizministers erzwungen. Und linksextreme Kreise in lautstarke Protestbewegung versetzt, von Griechenland über Italien bis Frankreich, ein unübersehbarer Beweis für den Zusammenhang zwischen der Extremlinke und dem Terrorismus.

Haben diese Kreise für Biko die Hand gerührt? Wo es um einen Demokraten, um einen Kämpfer für Freiheit gegangen ist? Um einen Mann, der keine kriminelle Akten aufzuweisen hatte, sondern nur einige Gefängnisstrafen, weil er für Recht und Gerechtigkeit einstand?

Den Tod dieses Mannes nicht verhindert zu haben, ist wahrscheinlich das mindeste, dessen man das südafrikanische Regime anklagen kann. Das war, um mit Talleyrand zu sprechen, schlimmer als ein Verbrechen: es war ein Fehler.

Nun hat das südafrikanische Regime ausgeholt und eine grosse Zahl liberaler Organisationen verboten. Das ist, fügen wir bei, schlimmer als ein Fehler: es ist ein Verbrechen.

Zu den Opfern dieser totalitären Massnahmen gehört der Journalist Donald Woods, ein enger Freund Bikos, der jetzt für fünf Jahre unter Hausarrest gestellt worden ist. Er darf nichts mehr publizieren, keine Vorträge mehr halten, nicht mehr ins Ausland reisen. In einem seiner letzten Artikel, den wir hier veröffentlichten, hat er versucht zu zeigen, was das «schwarze Bewusstsein» ist. Der Aufriss holt die Verfehlungen, Irrtümer, ja verbrecherischen Unzulänglichkeiten des südafrikanischen Regimes schmerzlich in Erinnerung.

Wir wissen, dass die südafrikanische Regierung ihre einsichtslose Haltung mit der kommunistischen Subversion zu rechtfertigen versucht. Aber diese wird so vom Regime nicht bekämpft, sondern gefördert.

Wenn je ein kommunistisches Regime in Südafrika an die Macht kommen sollte, so wird dies den unglaublichen Fehlern der Buren eher anzulasten sein als den Fähigkeiten und der Ueberzeugungskraft der Kommunisten. P.S.



Importeur feiner Qualitätsweine

Bald ist Weihnacht!

Höchste Zeit sich mit Kunden- und Mitarbeitergeschenken zu befassen.

Verlangen Sie bitte unsere Vorschläge für Geschenksortimente.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

(eine Nachfolgeorganisation der Ustaschi von 1941 bis 1945) von den USA und dem Westen nichts zu erwarten hätten, da diese Mächte die «gloss-erbische Hegemonie» unterstützten.

Was Jelic 1971 vertreten hatte, übernimmt nun sechs Jahre später die hinter der «Danica» stehende Gruppe kroatisch-katholischer Nationalisten in den USA: die Anbiederung mit der UdSSR zum Zweck der Zerschlagung Jugoslawiens. Auch für sie ist Jugoslawien ein Produkt des westlichen Imperialismus. Nach ihrer Auffassung hat der Westen den Unabhängigkeitskampf der Kroaten weder begriffen noch unterstützt. Deshalb bleibe den Kroaten nichts anderes übrig, als sich mit den Sowjets zu verbinden.

Das Einschwenken der rechtsextremen kroatischen Emigration auf eine sowjetische Linie lässt nicht nur die nahe Geistesverwandtschaft unter «linken» und «rechten» Extremisten erkennen, sondern zeugt auch davon, dass politischer Fanatismus blind macht. Während Polen und Rumänien verzweifelt um mehr politischen Spielraum gegenüber den Sowjets ringen, erwägen führende kroatische Exilpolitiker die «Lösung», mit «Hilfe der UdSSR» Jugoslawien zu zerschlagen und so Kroatien zu «befreien». Sie leben in der Illusion, die Sowjetunion werde dann «die souveränen

4 3/4 ANLAGE-HEFTE
4 1/2 KASSA-OBLIGATIONEN
COUPON für Geschäftsbericht in neutralem Couvert

Name _____
Strasse _____
Ort _____

CITY BANK
8021 Zürich
Talstrasse 58
Tel. 01 211 76 11

Rechte des kroatischen Volkes» sorgfältiger respektieren als diejenigen anderer «befreiter» Völker.

Wenn nach dem Ableben Titos der Nationalismus zu blindem Fanatismus geschürt und damit Unruhen zwischen Serben und Kroaten geweckt würden, könnte die Sowjetunion den «Schutz der revolutionären Kroaten» zum Vorwand nehmen, um ihre «internationale Rolle» zu spielen und ihre Streitkräfte nach Jugoslawien in Marsch zu setzen. Sie würde dann nicht nur die «souveränen Rechte des kroatischen Volkes» nach bewährtem Muster normalisieren, sondern auch gerade die «angebotenen» Flottenstützpunkte «sicherstellen».

RUSSLAND UND WIR Zeitschrift und Forum

für jeden Russlandinteressenten.

Angeichts der Vielzahl von Ost-Publikationen erfüllt diese Zeitschrift des deutschen Sprachgebiets, die sich ausschliesslich mit Russland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, eine besondere Aufgabe.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Körperschaft DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT e. V. für Deutschland, Frankfurt a.M., stehen hervorragende Fachreferenten für alle einschlägigen Gebiete aus Politik, Geschichte, Militär, Religion und Kirche, Wirtschaft, Emigration, Touristik, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung. Alle wesentlichen Bücher über und aus Russland bzw. der Sowjetunion werden hier besprochen und zu Originalpreisen geliefert – dies gilt auch für russischsprachige Literatur – Russland-Reisen vermittelt. Eine Sprachecke dient der Pflege russischer Sprachkenntnisse.

Jahresbezugspreis DM 12,- zuzüglich Versandkosten (für DRG-Mitglieder im Beitrag – mindestens DM 24,- jährlich – enthalten) Probe-exemplare kostenlos.

RUSSLAND UND WIR-VERLAG

Verlag und Handlung
D-6380 Bad Homburg 1
Sindlinger Weg 1, Tel. (06172) 3 51 91

In Kürze

Die ägyptisch-sowjetische Polemik wird auf einer neuen Ebene ausgetragen. Die Kritik aus Kairo hatte sich bisher nur auf die Moskauer Aussenpolitik bezogen, aber nunmehr ist Sadat zum Angriff auf das sowjetische Herrschaftssystem selbst geschritten. Anlass dafür war wiederum eine Verurteilung der ägyptischen Innenpolitik durch die sowjetische Agentur Tass. In einer Rede zum siebten Jahrestag des Todes von Nasser sprach Sadat von den Internierungslagern in Sibirien, der Einparteiendiktatur und der Pressezensur in der Sowjetunion.

Dem verbalen Schlagabtausch entsprechen die wirtschaftlichen Massnahmen. Offenbar hat die UdSSR ihre Kohlelieferungen an Aegypten eingestellt. Ein sowjetischer Kohlefrachter mit Kurs auf Alexandria ist umgeleitet worden. Ueberdies soll die Sowjetunion Druck auf Warschau ausüben, um die polnischen Kohlelieferungen an Aegypten zu stoppen. Das ist die Antwort darauf, dass Aegypten seinerseits den Baumwoll-export nach der UdSSR eingestellt hat.

Der Eurokommunismus ist eine vorübergehende Modeerscheinung ohne jeden geographischen oder politischen Wert. Das wenigstens ist die Meinung, die Alvaro Cunhal, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Portugals, in einem Interview für die spanische Zeitung «El Pais» geäussert hat. Bezeichnenderweise sei das Wort Eurokommunismus nicht von Kommunisten ge-

prägt worden, und das Konzept stelle keinen Beitrag im Kampf für die Interessen des Sozialismus dar.

Mit Schreiben an das Ausland haben sich Christen in der UdSSR gegen den neuen sowjetischen Verfassungstext gewandt. Das «Christliche Komitee zum Schutz der Rechte der Gläubigen in der UdSSR» unterbreitete Papst Paul VI. die Bitte, die Christen in der Sowjetunion unter seinen Schutz zu nehmen. Dem Brief ist ein Appell an alle christlichen Bischöfe beigefügt und ausserdem die Kopie eines Schreibens an Leonid Breschnew als Vorsitzenden der Verfassungskommission.

Laut dem Pariser «Figaro» hat China die Absicht, sein Militärbudget auf 15 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben und eine Armee von Berufssoldaten zu schaffen. Zur Modernisierung der Armee werde westliche Technologie angefordert. Den Chinesen sei daran gelegen, Produktionsunterlagen und Prototypen von neuen Waffen zu erhalten. Insbesondere wolle man auch Frankreich militärische Aufträge erteilen.

In Ungarn soll mit dem Kampf gegen das Rauchen jetzt Ernst gemacht werden. Der Tabakindustrie ist es verboten worden, für ihre Produkte Reklame zu machen. Die schon angebrachten oder vereinbarten Reklamen müssen bis 1. Oktober 1978 entfernt werden. Den Angestellten von Gaststätten ist das Rauchen in den Arbeitsräumen verboten. Rauchverbot besteht in Betriebskantinen und Selbstbedienungsrestaurants.

1976 hat sich der Anteil der Tabakwaren am Genussmittelumsatz in Ungarn von 15,8 auf 15,1 Prozent vermindert. Verkauft wurden «nur» noch 25 703 Milliarden Stück Zigaretten, annähernd 30 Millionen Stück Zigarren und 284 Tonnen Rauchtobak. Die Nachfrage verschiebt sich immer deutlicher auf nikotinarmer Rauchwaren und Filterzigaretten, die heute 69,1 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmachen; ihr Umsatz ist zwischen 1970 und 1975 um 13,3 Prozent gestiegen.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

Wohnen in Polen

In Polen hat man den laufenden Fünfjahresplan geändert, um Investitionsmittel für die Industrie nachträglich dem Wohnungsbau zuzuwenden.

Diese bevölkerungsfreundliche Massnahme hat ein bisschen den Beigeschmack einer Ablenkung. Nicht nur von der Politik (die Bildung von Oppositionsgruppen darf nicht zum erstrangigen Gesprächsthema werden), sondern auch und zunächst von jenen Konsumnöten, die wieder einmal akut geworden sind. Die Lebensmittelversorgung vor allem mit Importwaren ist zurzeit äusserst unbefriedigend, und wegen der Devisenknappheit lässt sich da kaum Remedur schaffen. So hat man die — effektiven und propagandistischen — Anstrengungen auf die andere grosse Alltags Sorge konzentriert: das Wohnungspro-

blem. Was durchaus auch etwas ist. In Polen hat die Führung gelernt, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen (was nach landläufiger Auffassung Parteichef Gierek im Unterschied zu andern Apparatschiki auch von sich aus möchte), soweit sie es aus innen- und aussenpolitischen Gründen kann und darf.

Freilich sind auch in der Binnenwirtschaft die Mittel knapp. Deshalb hat man die Industrie-Investitionen entgegen der ursprünglichen Planung auf dem Vorjahresniveau eingefroren und steckt das freigewordene Geld in Wohnbauten.

Nicht, dass sich, wie «Express Wieczorny» (Warschau, 6. 10. 1977) vorsorglich zu bedenken gibt, jetzt plötzlich auf dem Wohnsektor alles ändern würde. Aller langfristigen Planung zum Trotz fehlt es an erschlossenem Baugelände, und die Zulieferbetriebe sind schlecht koordiniert. Zudem garantiert selbst ein imposanter Rohbau noch keine Wohnlichkeit, denn mit den Ausbaumaterialien ist es in Sortiment und Güte kläglich bestellt, was zur allgemein beklagten «Qualität» der Wohnungen führt.

Auch wenn es um rasch beabsichtigte Verbesserungen geht, kommt man zum Leidwesen der Mieter nicht ohne die planwirtschaftliche Umständlichkeit aus. In Warschau ist auf Anordnung der Stadtbehörden eine umfangreiche Untersuchung über die «Lage im Wohnungswesen» durchgeführt worden. Und hier ist die Liste der «Organe», die als verantwortlich für die Erhebungen zeichnen:

- Kontrollausschuss des Verbandes der Wohnungswirtschaftsunternehmen der Hauptstadt;
- Abteilung Wohnwirtschaft der Stadtverwaltung;
- Verband der Wohnungsgenossenschaften der Hauptstadt;
- Verband der städtischen Ingenieur-Unternehmungen;
- Verband der städtischen Bauunternehmungen;
- elektronisches Rechenzentrum der Hauptstadt.

(Selbstredend sind dabei die genannten «Unternehmungen» nicht im marktwirtschaftlichen Sinn als private Betriebe zu verstehen, sondern als Organisationen mit zugeteiltem Verantwortungsbereich innerhalb des gesamten planwirtschaftlichen Apparates.)

Laut dieser Untersuchung gibt es in der Wojewodschaft Warschau insgesamt 26 300 Wohn-

Recht auf Wohnung

Das Recht auf Wohnung ist ein Thema, das als Werbung für jede Art von Sozialismus dient. Aber wie steht es in den Staaten, die sich sozialistisch nennen, mit der Möglichkeit, dieses Recht auch zu beanspruchen? Dazu ein Passus aus einem Brief von «drüben»: «In jedem Brief schreibe ich Ihnen von unsern Wohnungssorgen. Man will uns (es handelt sich um eine dreiköpfige Familie; Anm.) einfach keine zuteilen. Dabei ist diese Angelegenheit sogar vor Gericht gekommen, und das Gericht hat uns das Recht auf eine Wohnung zugesprochen, aber das hilft nichts. Ich sorge mich schrecklich, wie das noch weitergehen soll.»

gebäude mit über 25 Millionen Quadratmeter Wohnfläche. Das ergibt bei 2,2 Millionen Einwohnern durchschnittlich 11,4 m² pro Person.

Diese «Wohnfläche» ist mit dem identisch, was wir bei uns die Nutzfläche nennen, zu der man nicht nur die eigentlichen Wohnräume zählt, sondern auch Küche, Korridor und Toilette. Da die Wohnfläche im engeren Sinn in der Regel zwei Drittel der Nutzfläche ausmacht, kann der Anteil pro Einwohner auf 7,6 m² geschätzt werden. Damit sind die Wohnverhältnisse in Warschau insgesamt etwas besser als in Moskau, wo jedem Einwohner durchschnittlich 7 m² zur Verfügung stehen.

Wie gewaltig die Kriegszerstörungen nicht nur in der Stadt selbst, sondern im Raum Warschau insgesamt waren, geht schon daraus hervor, dass in der ganzen Wojewodschaft die Neubauten zwei Drittel der Wohnfläche stellen.

Etwa 60 Prozent der Wohnungen sind an die Wasserversorgung und Kanalisation angeschlossen; etwa gleich gross ist der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung. Diese Relation zeigt, wie viele Leute noch (vor allem in kleinen Landhäuschen) ohne modernen Komfort leben.

Die Untersuchung hebt denn auch die Notwendigkeit weitgreifender Modernisierungsmassnahmen hervor. Bis 1985 will man rund 40 Prozent der Gebäude renovieren und modernisieren, d. h. mit den fehlenden sanitären Installationen versehen. Die Kosten werden auf 15 Milliarden Złoty geschätzt. Dazu kommen 8 Milliarden Złoty für Unterhaltsarbeiten. vp



«Weil das die einzige Stelle war, wo der Putz nicht abfiel, deshalb!»
(«Express Wieczorny», Warschau, 22. 10. 1977)

FACETTEN zum Alltag drüben

Wegen eines «sittenwidrigen Streiches» ist, wie die Warschauer Abendzeitung «Express Wieczorny» (24. 10. 1977) meldete, in der polnischen Hauptstadt ein gewisser L. M. mit einer Busse von 3000 Złoty bestraft worden. Und man erfährt gleich, worin die Untat des ertappten Sittenstrolches bestand:

«L. M. hat die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der öffentlichen Sittlichkeit dadurch verletzt, dass er vermittels der westlichen Presse dem Diversionssender ‚Radio Freies Eu-

ropa‘ eine verleumderische Behauptung über angebliche Streiks von Bergleuten zugeleitet hat.»

In der KSZE-Schlussakte von Helsinki haben alle Signatarstaaten erklärt, den Informationsaustausch erleichtern zu wollen. Nun, vielleicht ist es schon eine Erleichterung, wenn man weniger massive Mittel einsetzt, um die Leute vom Informationsaustausch abzuschrecken. Früher wäre L. M. wegen einer gleichen Tat vielleicht härter bestraft worden: mit einer höheren Busse oder auch mit Freiheitsentzug. Und es ist nicht auszuschliessen, dass er dank Helsinki mit 3000 Złoty davonkam, wobei die Summe immerhin einem durchschnittlichen Monatsverdienst entspricht.

Abgesehen davon ist es immer interessant zu sehen, was man sich unter einem sittenwidrigen Streich vorzustellen hat. Die «Anforderungen» an einen Sittlichkeitstäter sind hüben und drüben offenbar nicht die gleichen. ■